

Hongkongs Proteste und Taiwans Zukunft

Weniger Spielraum für Verständigung zwischen China und Taiwan

Frédéric Krumbain

Die Proteste in Hongkong haben die in Taiwan geführte Debatte über das schwierige Verhältnis zur Volksrepublik China neu angeheizt. Die bisherige Erfolglosigkeit dieser Proteste zeigt Taiwan, dass für eine etwaige Wiedervereinigung mit China gegenwärtig kaum Optionen existieren, bei denen es sein demokratisches und freiheitliches politisches System bewahren könnte. Eine Wiedervereinigung erscheint den Taiwanesen daher zurzeit unattraktiv.

Da die weitere innenpolitische Entwicklung der Volksrepublik China die Zukunft Taiwans stark beeinflussen kann, verfolgten viele Taiwanesen die Proteste in Hongkong sehr aufmerksam.

In Hongkong veranstalten Studierende und Schüler seit mehreren Monaten Protestaktionen gegen die Entscheidung der chinesischen Staats- und Parteiführung, keine freien und allgemeinen Wahlen des Regierungschefs in Hongkong zuzulassen. Die Proteste gehören zu den umfassendsten in der Geschichte Hongkongs. Ende August 2014 hatte der Nationale Volkskongress beschlossen, dass die Kandidaten für die nächsten Wahlen im Jahr 2017 von einem pekingtreuen Nominierungskomitee ausgewählt werden sollen. Prodemokratische Kandidaten werden folglich kaum eine Chance haben, sich zur Wahl zu stellen. Ihre zentrale Forderung nach der Direktwahl des Regierungschefs konnten die Demonstranten bislang nicht durchsetzen.

Taiwan regiert sich vollständig selbst. Hongkong, das ein Teil der Volksrepublik China ist, verfügt im Gegensatz dazu unter der Formel »Ein Land, zwei Systeme« über eine begrenzte Autonomie, die bis zum Jahr 2047 garantiert ist – fünfzig Jahre nachdem Großbritannien Hongkong an China zurückgegeben hat.

Der taiwanische Präsident Ma Ying-jiu unterstützte von Anfang an die Forderungen der Protestbewegung in Hongkong. Ein demokratisches Hongkong oder sogar ein demokratisches Festlandchina, so erklärte er, würde »die psychologische Distanz zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße verringern«. Taiwanische Bürger veranstalteten Kundgebungen in Taipeh, in denen sie ihre Solidarität mit den Hongkonger Demonstranten zum Ausdruck brachten.

Der chinesische Präsident Xi Jinping hatte wiederholt betont, dass die für das Verhältnis der Volksrepublik zu Hongkong geltende Formel »Ein Land, zwei Systeme«

auch auf Taiwan Anwendung finden könnte. Taiwan hat diese Formel jedoch stets abgelehnt. Und die Entwicklungen in Hongkong bestärkten die taiwanesischen Regierung und Bevölkerung in ihrer Ablehnung.

Taiwans Präsident Ma, der 2008 sein Amt antrat und 2012 wiedergewählt wurde, war bis Dezember 2014 Vorsitzender der eher prochinesisch eingestellten Partei Guomindang. Ma hat nach seinem Amtsantritt als Präsident gegenüber China eine Politik der Entspannung und Annäherung eingeleitet. Ein Resultat dieser Politik war der Abschluss von 21 bilateralen Abkommen, die insbesondere den Handelsaustausch und das Reisen auf die jeweils andere Seite der Taiwanstraße erleichtert haben. Die Volksrepublik China (inklusive Hongkong und Macao) ist mit einem Handelsvolumen von über 160 Milliarden US-Dollar und einem Anteil an den taiwanesischen Exporten von nahezu 40 Prozent Taiwans wichtigster Handelspartner. Jährlich finden zudem acht Millionen Reisen zwischen beiden Ländern statt.

Als Krönung seiner Politik hätte sich Präsident Ma gewünscht, im November 2014 beim Gipfel der asiatisch-pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft APEC in Peking mit Präsident Xi zusammenzutreffen. Da die APEC eine der wenigen internationalen Organisationen ist, in denen beide Seiten Mitglied sind, hätte der Gipfel einen geeigneten Rahmen für ein Treffen beider Präsidenten geboten. Präsident Xi lehnte eine Zusammenkunft jedoch ab, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass er Taiwan damit anerkenne. In den verbleibenden anderthalb Jahren von Mas Amtszeit wird es vermutlich auch nicht mehr zu einem Treffen kommen.

Hindernisse für eine weitere Annäherung

Zurzeit sieht es aus zwei Gründen nicht nach weiteren Schritten der Annäherung aus.

Zum einen beharrt die chinesische Seite auf ihrer Position und sieht Taiwan nach wie vor als abtrünnige Provinz, die nach dem Vorbild Hongkongs und Macaos in

die Volksrepublik China integriert werden sollte. Peking lehnt jede Politik ab, die als Zugeständnis von Souveränität verstanden werden könnte. In seinen Augen wäre das beispielsweise der Fall, wenn Taiwan die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen erleichtert oder die Aufnahme direkter politischer Gespräche auf Augenhöhe angeboten würde. Die Herstellung und Bewahrung der nationalen Einheit war und ist zudem eine wichtige Quelle zur Legitimierung der Herrschaft der Kommunistischen Partei. Der zunehmende Nationalismus in China engt den Handlungsspielraum der Führung in Peking zusätzlich ein und erlaubt ihr kaum Konzessionen gegenüber Taiwan.

Zum Zweiten gibt es auch in Taiwan erhebliche Vorbehalte gegen eine weitere Annäherung. Im Frühjahr 2014 protestierten rund 350 000 Taiwanesen gegen die Ratifizierung eines Abkommens über freien Dienstleistungsverkehr mit dem Festland. Die Proteste mündeten in der friedlichen Besetzung des Parlaments in Taipeh durch etwa 300 Studierende. Nach gut drei Wochen beugten sich die Studierenden einem Ultimatum von Regierung und Polizei und räumten das Parlamentsgebäude ohne Widerstand, nachdem sie vorher noch aufgeräumt und geputzt hatten. Der friedliche Protest der sogenannten Sonnenblumenbewegung, der überwiegend von jungen und gebildeten Taiwanesen getragen wurde, hat Präsident Ma Grenzen für seine Annäherungspolitik aufgezeigt. Die Ratifikation des Abkommens über den freien Dienstleistungsverkehr wurde aufgeschoben.

Neben Teilen der taiwanesischen Zivilgesellschaft steht auch die größte Oppositionskraft, die Demokratische Fortschrittspartei (DPP), einer weiteren Annäherung an das Festland skeptisch gegenüber. Die DPP hat die Kommunalwahlen am 29. November 2014 deutlich gewonnen. Der Wahlausgang ist vor allem auf die Unzufriedenheit vieler Taiwanesen mit stagnierenden Einkommen, steigenden Lebenshaltungskosten und diversen Lebensmittelskandalen

zurückzuführen. Die unter den Taiwanern verbreitete Sorge, dass Präsident Ma Annäherungspolitik ihre Demokratie und ihren Lebensstil gefährden könnte, trug ebenfalls dazu bei, dass die Regierungspartei eine Niederlage erlitt. Das schlechte Wahlergebnis schränkt die Macht und den Handlungsspielraum von Präsident Ma weiter ein. Als Vorsitzender der Guomindang ist er bereits zurückgetreten und wird folglich in seiner verbleibenden Amtszeit weniger Einfluss auf seine Partei ausüben können. Der Guomindang wird außerdem nicht daran gelegen sein, dass sie durch eine allzu prochinesische Politik weiter an Popularität verliert. Sie wird sich nun verstärkt auf die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Anfang 2016 vorbereiten, bei denen Ma Ying-Jiu nicht wieder kandidieren darf.

In der taiwanesischen Gesellschaft herrscht keine Einigkeit über die eigene Identität und über das anzustrebende Verhältnis mit China. Während ein zunehmend größer werdender Teil der Taiwaner eine taiwanische Identität propagiert, die sich dezidiert von China abgrenzt, fühlt sich ein anderer Teil zumindest kulturell mit dem chinesischen Festland verbunden. Die Taiwaner sind sich aber weitgehend einig in dem Wunsch, ihren Lebensstil in einer demokratischen und offenen Gesellschaft zu bewahren. Viele von ihnen fürchten deshalb eine weitere Annäherung an die autoritär regierte Volksrepublik.

Taiwanische Wahlen im Jahr 2016

Die Kandidaten für die Nachfolge von Präsident Ma werden zu beweisen haben, dass sie in der Lage sind, sowohl die De-facto-Souveränität Taiwans zu bewahren als auch stabile Beziehungen zum Festland zu garantieren. Die Vorsitzende der DPP und wahrscheinliche Präsidentschaftskandidatin, Tsai Ing-Wen, wird im Wahlkampf deutlich machen müssen, dass sie auf offene Unabhängigkeitsbestrebungen verzichten und stabile Beziehungen zur Volksrepublik aufrechterhalten kann. Der von 2000 bis 2008 amtierende Präsident Chen Shui-bian, Mit-

glied und Vorsitzender der DPP, hatte Festlandchina mit seinem »eine Seite, ein Land«-Konzept provoziert, das zwei unabhängige Länder vorsah.

Der Präsidentschaftskandidat der Guomindang wird hingegen die Ängste der taiwanesischen Bevölkerung beschwichtigen müssen, dass seine Partei mit ihrer Annäherungspolitik die Abhängigkeit von Festlandchina vergrößert. Als Kandidat wird derzeit Eric Chu gehandelt, der neue Vorsitzende der Guomindang und Bürgermeister von New Taipeh. Er hat bei den Kommunalwahlen vom 29. November als einziger Kandidat der Partei eine der großen Städte Taiwans gewonnen.

Für die taiwanische Bevölkerung wird aber bei den Wahlen 2016 vor allem im Vordergrund stehen, welche Partei die überzeugendere Wirtschafts- und Sozialpolitik vertritt. Insbesondere die wachsende Gruppe jener Wähler, die sich an keine Partei gebunden fühlen, wird sich vermutlich eher an innenpolitischen Themen orientieren. Ihnen ist daran gelegen, dass die Dichotomie zwischen einem »grünen« Pro-Unabhängigkeitslager (DPP) und einem »blauen« Pro-Chinalager (Guomindang) überwunden wird, die Taiwans Politik prägt. Mit ihrem Anliegen gewinnen sie zusehends an Einfluss. So wurde in Taipeh zum ersten Mal ein unabhängiger Kandidat zum Bürgermeister gewählt, der zwar von der DPP unterstützt wurde, aber überparteilich regieren möchte.

Der Weg zu Verständigung

Die Entwicklungen in der Volksrepublik China und in Taiwan zeigen, dass eine friedliche Lösung des Konflikts in der Taiwanstraße ein schwieriges Unterfangen bleibt. Denn sie erfordert die Kompromissbereitschaft beider Seiten, vertrauensbildende Maßnahmen und kreative Ideen für Taiwans künftigen Status. Dabei wären sowohl die Interessen Chinas wie Taiwans zu berücksichtigen: die nominelle Anerkennung des Ein-China-Prinzips und zugleich die Gewährung der Option, dass Taiwan sich selbst

regieren und an seinem demokratischen System festhalten kann.

Vertrauensbildende Maßnahmen wären der erste Schritt zu einer Verständigung. Das schließt den taiwanesischen Verzicht auf Unabhängigkeit ein. Die oppositionelle DPP könnte den 1992 zwischen der Volksrepublik und der Guomindang erzielten Konsens akzeptieren, der auf die Formel gebracht wurde: »ein China, mehrere Interpretationen«. Mit dieser Formel wird das Ein-China-Prinzip anerkannt und zugleich viel Spielraum dafür gelassen, wie dieses »eine China« auszusehen hat.

Im Gegenzug könnte die Volksrepublik auf die Option verzichten, Taiwan zu annektieren. Solange sich die chinesische Regierung vorbehält, Taiwan notfalls gewaltsam zu besetzen, wird sie die Herzen der Taiwaner kaum gewinnen können. Der Verzicht auf eine taiwanesishe Unabhängigkeit und auf den Einsatz militärischer Mittel ließe sich in einem bilateralen Abkommen festhalten.

In einem zweiten Schritt könnten direkte Gespräche über Taiwans künftigen Status aufgenommen werden. Völkerrechtliche Sonderfälle in Europa, beispielsweise Spitzbergen oder Grönland, zeigen Optionen für einen möglichen Status auf. Die Geschichte des chinesischen Kaiserreichs bietet ebenfalls Vorbilder. So unterhielt das chinesische Imperium Tributbeziehungen zu benachbarten Territorien, die sich selbst regierten, die Oberhoheit des Kaisers von China aber nominell anerkannten. Mit einer neuen Formel wie »eine Kultur, zwei Seiten« ließe sich jeder Begriff von Staatlichkeit vermeiden. Sie könnte den Weg zu einer pragmatischen und kreativen Verständigung weisen.

Der Europäischen Union und den USA ist an Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße gelegen. Daher könnten sie beide Seiten ermutigen, die oben genannten vertrauensbildenden Maßnahmen zu ergreifen und in direkte politische Gespräche einzutreten.

Abgesehen von Frieden und Stabilität in der Region sind die EU und die USA eben-

falls daran interessiert, dass die Demokratie in Taiwan bewahrt wird. Taiwan ist die einzige Demokratie im chinesischen Kulturraum und teilt als Demokratie westliche Wertvorstellungen. Die Inselrepublik kann auch als Vorbild für Chinas weitere politische Entwicklung dienen. Hongkong wird diesen Vorbildcharakter in dem Maße einbüßen, in dem seine demokratischen Standards eingeschränkt oder abgebaut werden.

Die USA garantieren die Sicherheit Taiwans. Darüber hinaus könnten sie ebenso wie die EU das Land wirtschaftlich noch stärker unterstützen. Bei den zurzeit diskutierten Freihandelsabkommen sollten die USA und die EU darauf achten, dass sowohl der Volksrepublik China als auch Taiwan die Möglichkeit geboten wird, Vertragsparteien zu werden. Auf diesem Wege ließe sich auch die Abhängigkeit Taiwans von der chinesischen Volkswirtschaft verringern. Wenn die EU beispielsweise ein Freihandelsabkommen mit China abschließen würde, könnte ein entsprechendes Abkommen auch mit Taiwan unterzeichnet werden. Taiwan ist ein wichtiger Handelspartner in Asien. Daher würden auch die EU und die USA von solchen Freihandelsabkommen profitieren.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364